

Armut beruhe auf verschiedenen Ursachen. Die Gemeinde Ottenhöfen leide besonders darunter, daß sich hier eine Menge Heimatloser und solcher Individuen angesiedelt hätte, die früher die Wohltaten des Klosters Allerheiligen genossen und dieses ausgenützt hätten. Nach der Aufhebung seien diese, darunter auch Arbeitsscheue, den angrenzenden Gemeinden, besonders denen des Achertales zur Last gefallen.

Die zahlreichen Abgaben, Staatssteuern, Gemeindeumlagen, die Umlage für Kriegskosten und die Zehntverschuldung würde die Bevölkerung derart belasten, daß keine Aussicht bestände, eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen, wenn hier seitens des Staates keine grundlegende Änderung erfolge. Die gegenwärtige ungerechte Besteuerung, bei der die Besitzer wohlhabender Bauernhöfe, deren Steuerwerte relativ niedriger wären als diejenigen der Kleinbauern, günstiger wegkämen, solle beseitigt werden, wozu die vorgesehene Katastervermessung die Grundlage bilden müsse.

Das Grundeigentum bestehe nicht nur aus den Hofgütern, deren Eigentümern es noch erträglich gehe. Zahlreiche Höfe seien jedoch aufgeteilt worden und in keinen Ertrag abwerfende Besitztümer zersplittert, deren Eigentümer davon nicht leben könnten. Diese seien auf Taglohn angewiesen, den es kaum oder zumeist nicht gebe, so daß viele Arme untätig seien und sogar betteln müßten, was man im übrigen — da es zum gewohnten Bild des Tages gehöre — gar nicht mehr anstößig finde. Zudem käme ein unverantwortlicher Kinderreichtum, insbesondere in den Tagelöhnerfamilien und „von ledigen Weibspersonen“ vor, der die allgemeine Not noch vergrößere.

Durch die erst seit dem Forstgesetz verbotene Waldweide seien die Privatwaldungen, dies auch durch rücksichtslose Behandlung und mangelnde Sachkenntnis, in schlechtestem Zustand. Die hohen Berge des Kapplertals seien besonders in Ottenhöfen kahl, sie seien anstatt mit Holz, mit „elenden Pfrimmen bewachsen“, der landwirtschaftliche Betrieb liege ebenso im argen.

Aus dem Bericht Gerwigs mit seinen schonungslosen Schilderungen der allgemeinen Armut und Not, die im übrigen schon Jahre vor der badischen Revolution 1848/49 den Achertalgemeinden große Sorge bereitete und von Behörden und Regierung vermutlich in ihren Ausmaßen nicht zur Kenntnis genommen worden war, entwickelte sich zunächst ein umfangreicher Schriftwechsel mit den verschiedenen Behörden, die offenbar geschlafen hatten.

Ihm ist ferner zu entnehmen, daß die Not im Achertal im Vergleich zu anderen badischen Gebieten besonders groß gewesen sein muß. Von der Regierung, von Behörden und Fachstellen wurden darauf die verschiedensten Vorschläge, geeignete und ungeeignete, zur Behebung dieser Not gemacht. Seitens der Regierung wurden Steuererleichterungen gewährt und Mittel zur Linderung der Not der Ärmsten bereitgestellt. Es gab zusätzliche Mittel für den Ausbau der Achertal- und für den Bau der Ruhensteinstraße. Die Forstverwaltung stellte